

Panikwellen . . .

Der globale Finanzmarkt schreit förmlich nach irgendeiner Form von Hilfs-Intervention, die das akute Börsen-Kurs-Debakel wie ein Notfall-Stromkreisunterbrecher abschaltet. Händler berichten von Flut-Wellen der Risiko-Aversion, welche über die Märkte hinweg fegen.

Das Börsentreiben ist zwar eine perfekte Illustration dafür, dass Panik keine vernünftige Strategie ist, die Anleger sind aber scheinbar überzeugt, dass die Zentralbanken das Debakel nur mit einem Instrument bekämpfen können: einer noch weiter verschärften Strafzins-Politik. Leider hat das bisherige Strafzins-Regime die Profitabilität der Banken bereits völlig zertrümmert und viele Geldhäuser in eine Todesspirale geschickt.

Die Zentralbanken werden sich vor diesem Hintergrund verdammt schnell etwas Neues ausdenken müssen, um die Massen-Verstaatlichung von Pleite-Banken zu vermeiden.

Institutionelle Anleger befürchten eine Katastrophe, denn bekanntlich wurde das bis 2010 gültige Regime des „bail-outs“ von Banken (Staatsgarantie für Kunden-Gelder) durch das heutige Regime des „bail-in“ ersetzt, bei dem Kunden-Konten für Bank-Schieflagen haften. Genau deshalb steht im Zentrum des aktuellen Finanz-Bebens die Gefahr des „systemischen Risikos“.

Faktisch bäumt sich der Markt gegen just jenes Strafzins-Regime auf, das bislang als Heilsbringer gefeiert wurde. Was einst eine steil aufsteigende Kursrakete befeuert hat, beschleunigt nun den Absturz aus dem Orbit. Mit dieser Form der Revolution haben die Geldhüter nicht gerechnet. Im Sog dessen marschieren die Kurse sämtlicher Sektoren/Branchen in harmonischen Einklang mit Banktiteln voll gegen die Richtung der Fundamentaldaten.

Die Tatsache, dass Fed-Chefin Yellen jetzt erneut daran erinnert, dass man in Amerika das Konzept des Strafzins-Regimes in 2010 erörtert und als untauglich verworfen hat, ändert wenig daran, dass EZB-Chef Mario Draghi droht, die Daumenschrauben im März anziehen zu wollen. Es gibt sogar eine offene Diskussion darüber, dass Sparer bei steigenden Strafzinsen auf Einlagen in das Horten von Bargeld fliehen, weshalb Barabhebungen mit einer Strafe belegt werden. Dies ist der Grund, warum die Gerüchteküche bereits darauf spekuliert, dass dem Bankensektor in Europa eine „Zwangs-Kapitalisierungs-Welle“ droht (analog zum TARP-Programm der USA), um einen „run“ zu verhindern.

Unser Fazit: Eigentlich sollte man glauben, dass Kanzlerin Merkel mit dem Versuch einer „Orchestrierung“ der europäischen Flüchtlingswelle bereits alle Hände voll zu tun hat und daher wenig Appetit verspürt auf eine „Banken-Verstaatlichungs-Welle“. Mit Blick auf die Parteien-Landschaft in Spanien, Frankreich, Italien und England ist kaum mit parlamentarischer Unterstützung für solchen Aktionismus zu rechnen. Da der Kapitalmarkt aber dazu neigt, die Politik mit „erpresserischen“ Aktionen zur Intervention zu nötigen, steht zu befürchten, dass den Märkten eine Art Spießruten-Lauf droht (Politik verweigert Reformen, Strafzins-Regime der Geldhüter schürt „System-Krise“ und Investor-Panik, Politik muss Handeln), mit höchst ungewissem Ausgang. Vernunft ist echte Mangelware und deshalb bleibt es naiv darauf zu hoffen, dass der „Klügere nachgibt“ bei dem bevorstehenden Kräftemessen. Es wird viel schlimmer werden, bevor es besser wird.